

FDP-Plan für Elternzeit vor dem Aus

Der Nationalrat will die Krippenfinanzierung des Bundes erneut verlängern. Stimmt diesem Vorhaben nun auch der Ständerat zu, wird die FDP ihr Angebot für eine 16-wöchige Elternzeit allerdings zurückziehen.

Markus Brotschi

BERN Die FDP macht den Verzicht auf die Krippenfinanzierung des Bundes zur Bedingung für einen 16-wöchigen Elternurlaub. Zusätzlich verlangt sie eine Erhöhung des Bundessteuerabzuges für externe Kinderbetreuung von 10 100 auf 25 000 Franken. Dieses Konzept präsentierte die FDP-Fraktion letzte Woche als Gegenvorschlag zur Volksinitiative für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub, die demnächst ins Parlament kommt.

Doch der Nationalrat hat einer der FDP-Bedingungen gestern bereits eine Absage erteilt. Er hat die Finanzhilfe zur Schaffung von neuen Krippenplätzen um weitere vier Jahre verlängert. Das Impulsprogramm wurde 2003 gestartet, und seither wurden rund 56 000 Betreuungsplätze für Kinder geschaffen. Zwischen 2019 und 2023 will der Nationalrat für Gemeinden und Kantone weitere 125 Millionen Franken bereitstellen. Es handelt sich um die dritte Verlängerung des Programms. Diese fand gestern im Nationalrat mit 103 zu 89 Stimmen eine relativ knappe Mehrheit. SP, Grüne, BDP und GLP stimmten geschlossen dafür, FDP und SVP dagegen.

Abweichler in der FDP

Der Vorschlag der FDP für den 16-wöchigen Elternurlaub könnte also schon zur Makulatur werden, bevor das Parlament die Diskussion über die Volksinitiative für den Vaterschaftsurlaub überhaupt aufgenommen hat. Denn im Ständerat, der nun noch über die Krippengelder entscheiden muss, haben SP und CVP eine Mehrheit. «Sollte auch der Ständerat die Krippenfinanzierung verlängern, hat der FDP-Vorschlag für einen Eltern-

urlaub in der Fraktion keine Mehrheit mehr», sagt FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen auf Anfrage. «Unsere Fraktion hat einem Gesamtkonzept zugestimmt. Zu diesem gehört neben dem höheren Bundessteuerabzug ein Verzicht auf die weitere Krippenfinanzierung.» Er sei enttäuscht, dass der Nationalrat der erneut zugestimmt habe, sagt Wasserfallen. Allerdings trugen dazu

«Zum Gesamtkonzept gehört nebst dem höheren Bundessteuerabzug ein Verzicht auf die weitere Krippenfinanzierung.»

Christian Wasserfallen
FDP-Nationalrat

auch Mitglieder der FDP-Fraktion bei. Laurent Wehrli (VD), Isabelle Moret (VD und Christoph Eymann (BS) stimmten für die Krippengelder, Jacques Bourgeois (FR) und Fathi Derder (VD) enthielten sich der Stimme. «Es ist bedauerlich, dass sich im Nationalrat nicht die ganze Fraktion an unser Gesamtkonzept gehalten hat», sagt dazu Wasserfallen.

Genau auf diese FDP-Abweichler setzen allerdings die Linke und die CVP, wenn es um den Vaterschaftsurlaub geht. SP-Nationalrat Adrian Wüthrich hofft, dass die gleichen FDP-Nationalräte zumindest einem Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen zustimmen werden. Diesen Vorschlag wird die CVP erneut in die Debatte einbringen, nachdem sie 2014 mit einem Vorstoss für den 2-wöchigen Vaterschaftsurlaub im Nationalrat noch knapp gescheitert war, unter anderem



Vaterschaftsurlaub? Nur, wenn es kein Geld vom Bund für Krippen gibt, sagt die FDP.

Bild Reto Oeschger

Nationalrat

Ein wichtiger Schub aus Freiburg

Bei der Weiterführung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung ist die Freiburger CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach eine treibende Kraft. Sie hat die parlamentarische Initiative gestern im Nationalrat als Sprecherin der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur verteidigt, deren Präsidentin sie auch ist. Wie Bulliard gegenüber den FN

sagte, ist sie zuversichtlich, dass auch der Ständerat der Initiative zustimmen wird. Dieser dürfte nach ihrem Wissensstand im September darüber beraten. Bereits in einer früheren Debatte sei das Anliegen im Ständerat gutgeheissen worden. Laut Bulliard geht es vor allem darum, die Kantone zu überzeugen, dass diese Anrecht auf die Anstossfinanzierung für Krippenplätze

haben. Bisher sei davon allerdings erst in acht Kantonen Gebrauch gemacht worden. Zu diesen gehört auch der Kanton Freiburg, doch laut Bulliard sind von bereitgestellten zwei Millionen bloss 600 000 Franken in Anspruch genommen worden. «Dabei hat diese Finanzierung eine nachhaltige Wirkung», so Bulliard. «96 Prozent der unterstützten Krippen existieren heute noch.» *uh*

wegen Abweichlern in den eigenen Reihen. FDP-Nationalrat Wehrli lässt offen, ob er dem zweiwöchigen Urlaub zustimmen wird. Er sieht sich jedoch nicht als Abweichler in der Fraktion. Das Gesamtkonzept der FDP mit allen drei Elementen sei im Nationalrat nicht zur Debatte gestanden. Er habe nur der befristeten Verlängerung der Krippenfinanzierung zugestimmt. Das heisse nicht, dass diese ewig weiterlaufen müsse. Mit dieser Interpretation des FDP-Konzepts ist Wehrli in der Minderheit. Für FDP-Ständerat Andrea Caroni, einen der Promotoren der FDP-Elternzeit, ist klar, dass Schluss sein muss mit Bundesgeldern, sonst gebe es von der FDP keinen Elternurlaub. Es liege nun am Ständerat, das Angebot anzunehmen.

«FDP-Vorschlag unausgegoren»

Wüthrich gehört als Präsident des Arbeitnehmerverbandes Travailsuisse zu den Mitinitianten des Volksbegehrens für 4 Wochen Vaterschaftsurlaub. Er geht davon aus, dass der 2-wöchige Urlaub im Parlament nun eine Mehrheit finden wird, da die Beratung der Volksinitiative im Jahr vor den Nationalratswahlen für Druck sorgt. Auch die FDP habe die Signale aus der Bevölkerung wahrgenommen und nun einen Elternurlaub vorgeschlagen. Wüthrich hält den FDP-Vorschlag allerdings für «unausgegoren». Denn dieser sieht vor, dass Mutter und Vater je 8 Wochen beziehen können, dass also die Mutter freiwillig auf bis zu 6 Wochen des heutigen Mutterschaftsurlaubes zugunsten des Vaters verzichten kann. Damit würde die Schweiz laut Wüthrich gegen die Vorgaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verstossen, die 14 Wochen Urlaub für die Mutter fordert.